

Inhaltsverzeichnis

1	Vorgeschichte und zwischenzeitliche Entwicklungen	1
1.1	Rückblick auf den Ablauf des Modellvorhabens	1
1.2	Entwicklung der Modellversuche zum Persönlichen Budget in Deutschland	3
1.3	Zwischenzeitliche Entwicklungen in der Gesetzgebung	5
1.4	Ziele und Rahmenbedingungen für das Persönliche Budget	5
1.5	Aufgaben der wissenschaftlichen Begleitung.....	6
2	Budgetnehmer und Budgetnehmerinnen	7
2.1	Methoden der Datenerhebung und -auswertung.....	7
2.1.1	Schriftliche Unterlagen der Leistungsträger	7
2.1.2	Telefonische Kontakte und zentrale Interviews mit den Budgetnehmern.....	8
2.2	Die Budgetnehmer und ihre Budgets	10
2.2.1	Anfragen nach einem Persönlichen Budget	10
2.2.2	Budgetnehmer: Allgemeine Kennzeichen	14
2.2.3	Budgetnehmer: Lebenssituation.....	16
2.2.4	Die Budgets und ihre Verwendung	20
2.3	Äußerungen der Budgetnehmer zu Kernpunkten des Budgets.....	24
2.3.1	Bewusster Umgang mit dem Budget und seine Verwaltung	24
2.3.2	Selbstbestimmung und Teilhabe	28
2.3.3	Zielvereinbarungen.....	32
2.3.4	Zufriedenheit.....	37
2.4	Budgetgeschichten	42
2.4.1	Beispielfall B. – Persönliches Budget als flexible Zusatzhilfe für die Optimierung einer individuell gewünschten Lebensform	42
2.4.2	Beispielfall F. – „Paketangebot“ eines Leistungsanbieters zur Anreicherung der gewohnten Lebensform.....	44
2.4.3	Beispielfall K. – Persönliches Budget als Mittel zur Ablösung von institutionellen Strukturen.....	46
3	Hilfeplanverfahren.....	50
3.1	Veränderungen seit dem Zwischenbericht	50
3.2	Hilfestufen (später Hilfearten genannt) und Zeiteinschätzung	52
3.3	Hilfeplangespräche.....	53
3.4	Vorschläge zum weiteren Verfahren.....	56
4	Sichtweise der Leistungserbringer	58
4.1	Kontaktaufnahme	58
4.2	Vertrags- und Vergütungsmodalitäten im Zusammenhang mit Erfahrungshintergrund und Ausbildung.....	60
4.3	Ablauf einer Betreuungseinheit.....	62

4.4	Beteiligung an der Hilfeplanung und Kenntnis der Hilfeplanziele	63
4.5	Ideen zur Weiterentwicklung und Kritik.....	63
5	Sichtweise der gesetzlichen Betreuer und Betreuerinnen.....	65
5.1	Gesetzliche Betreuer in den Modellvorhaben verschiedener Bundesländer	65
5.2	Daten zu den Betreuungsverhältnissen	66
5.3	Interviews mit gesetzlichen Betreuern von Budgetnehmern	66
5.3.1	Vorgeschichte.....	67
5.3.2	Initiative zur Beantragung.....	68
5.3.3	Hilfeplanung.....	68
5.3.4	Vereinbarte Ziele	69
5.3.5	Rolle des Betreuers.....	70
5.3.6	Budgetassistenz.....	71
5.3.7	Auswirkungen des 2. BTÄndG	72
5.3.8	Einschätzungen zum Persönlichen Budget.....	74
5.4	Abschließende Betrachtung.....	75
6	Sichtweise der Leistungsanbieter.....	76
6.1	Rolle der Leistungsanbieter	76
6.2	Ausgestaltung des Persönlichen Budgets	76
6.3	Qualitätssicherung und Budgetassistenz	77
6.4	Hilfeplanverfahren.....	78
6.5	Trägerübergreifendes Persönliches Budget.....	78
6.6	Fazit.....	79
7	Sichtweise der Leistungsträger.....	80
7.1	Vorbemerkung.....	80
7.2	Bewertung des Modellvorhabens in Niedersachsen insgesamt	80
7.3	Bewertung des Modellvorhabens in der eigenen Modellregion.....	81
7.4	Hilfeplanverfahren.....	81
7.5	Auswirkungen des Modellvorhabens.....	81
7.6	Überlegungen für die Zeit nach dem Ende des Modellvorhabens	82
8	Entwicklung der Leistungsangebote in den Modellregionen.....	83
8.1	Fragestellungen.....	83
8.2	Methoden zur Informationsgewinnung.....	84
8.3	Ergebnisse	85
8.3.1	Ambulante Anbieter.....	85
8.3.2	Ambulant betreute Menschen mit Behinderung	86
8.3.3	Differenzierung der Angebote und Mischung der Professionen.....	91
8.3.4	Stationär untergebrachte Menschen mit Behinderung	92
8.3.5	Stationär betreute Klienten mit niedriger Hilfebedarfsgruppe.....	94
8.3.6	Weitere Hypothesen.....	95

8.3.7	Zwischenbilanz	96
8.4	Kostenstruktur und Kostenvergleich.....	97
8.5	Regionale strukturelle Besonderheiten	102
9	Résumé	104
9.1	Zielerreichungsgrad	104
9.2	Rahmenbedingungen.....	108
9.3	Durchführung des Persönlichen Budgets	110
9.4	Wirtschaftliche Orientierung.....	114
10	Zusammenfassung und Ausblick.....	115
	Literaturverzeichnis.....	120

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ablaufplan für die Erhebung der Daten bei den Budgetnehmern	8
Tabelle 2:	Zahl der Nennungen bei den einzelnen Hilfebedarfen	19
Tabelle 3:	Von den Budgetnehmern genannte Gründe für die Zufriedenheit mit dem Persönlichen Budget.....	39
Tabelle 4:	Häufigkeiten der angekreuzten Hilfearten über alle Lebensbereiche....	53
Tabelle 5:	Stundensätze für den Betreuer	72
Tabelle 6:	Zahl der Anbieter ambulanten Betreuung.....	85
Tabelle 7:	Relation der Zahl ambulant betreuter Menschen mit Behinderung zur Einwohnerzahl bzw. zur Zahl stationär betreuter Menschen mit Behinderung	87
Tabelle 8:	Verteilung der Berufsgruppen bei der ambulanten Betreuung: Vergleich zwischen Erst- und Zweiterhebung.....	92
Tabelle 9:	Relation der Zahl stationär betreuter Menschen mit Behinderung zur Einwohnerzahl	94
Tabelle 10:	Finanzierung ambulanten Betreuungsangebote.....	97
Tabelle 11:	Fallkosten vor und während des Persönlichen Budgets.....	99

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anfragen und Bewilligungen Persönlicher Budgets	10
Abbildung 2: Zahl der Anfragen nach Zeitraum	11
Abbildung 3: Anfragende Personen nach Regionen	12
Abbildung 4: Budgetnehmer nach a) Regionen, b) Geschlecht, c) Art der Behinderung, d) Alter	14
Abbildung 5: Gesetzliche Betreuung und Art der Behinderung	17
Abbildung 6: Zahl der Budgetnehmer mit mindestens einer Bedarfsnennung im jeweiligen Lebensbereich	20
Abbildung 7: Verteilung der Budgethöhen in Phase I (Startbudgets)	20
Abbildung 8: Beginn der Leistungsgewährung (in Halbjahren)	21
Abbildung 9: Ambulant betreute Menschen mit Behinderung: Veränderungen im Modellzeitraum	86
Abbildung 10: Ambulant betreute Menschen mit geistiger Behinderung: Veränderungen im Modellzeitraum	88
Abbildung 11: Ambulant betreute Menschen mit seelischer Behinderung: Veränderungen im Modellzeitraum	88
Abbildung 12: Ambulant betreute Menschen mit Behinderung nach Alter: Veränderungen im Modellzeitraum	89
Abbildung 13: Ambulant betreute Menschen mit Behinderung nach Geschlecht: Veränderungen im Modellzeitraum	90
Abbildung 14: Stationär betreute Menschen mit Behinderung: Veränderungen im Modellzeitraum	93
Abbildung 15: Veränderung der Fallzahlen (stationär + ambulant) in der Eingliederungshilfe während des Modellzeitraums	96

1 Vorgeschichte und zwischenzeitliche Entwicklungen

1.1 Rückblick auf den Ablauf des Modellvorhabens

In der bundesdeutschen Sozialgesetzgebung tritt der Begriff „Persönliches Budget“ erstmalig im Jahre 2001 auf, mit dem Inkrafttreten des SGB IX (Sozialgesetzbuch, neuntes Buch) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen. Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen soll durch ein Persönliches Budget erreicht werden. In dem „Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe“ vom 16.12. 2004 heißt es dazu: „Der mit dem SGB IX vollzogene Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Selbstbestimmung fand seinen Ausdruck auch in der neu geschaffenen Möglichkeit, Leistungen zur Teilhabe in Form Persönlicher Budgets zu erbringen. Dies ermöglicht behinderten Menschen, nicht mehr ein mehr oder weniger geschlossenes Angebot einer stationären oder teilstationären Einrichtung oder eines ambulanten Dienstes in Anspruch zu nehmen, sondern die Hilfe nach seinen persönlichen Wünschen zu organisieren.“ (S.24).

Mit einer einstimmigen EntschlieÙung hatte der Niedersächsische Landtag in seiner 7. Sitzung am 15.05.2003 die Landesregierung aufgefordert, Modellvorhaben zur Einführung „Persönlicher Budgets“ nach § 17 SGB IX in Niedersachsen einzurichten.

Zur Erfüllung dieses Auftrags hatte das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Sozialministerium) durch den damaligen Staatssekretär Gerd Hoofe eine Projektgruppe eingerichtet.

Unter der Leitung von Claudia Schröder (Niedersächsisches Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben – NLZA) haben Vertreter des Sozialministeriums, interessierter Modellregionen sowie des Büros des Behindertenbeauftragten in einer Projektgruppe zusammengearbeitet. Der Projektauftrag entsprach der LandtagsentschlieÙung.

Im Dezember 2003 legte die Projektgruppe ihren Projektbericht in endgültiger Form vor¹. In diesem Projektbericht wurden die Rahmenbedingungen, die Zielsetzung und die Konzeption des Modellvorhabens beschrieben sowie die zu Beginn beteiligten Modellregionen, Landkreis Emsland und Landkreis Osnabrück, vorgestellt.

Am 27.11.03 entschied die Projektgruppe, die wissenschaftliche Begleitung des Modellvorhabens Prof. Dr. Wiebke Ammann (Evangelische Fachhochschule Hannover) und Prof. Dr. Jochen Windheuser (inzwischen Fachhochschule Osnabrück), zu übertragen. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin ist Frau Dipl.-Sozialpäd. Wiebke Warnke gewonnen worden.

Seit dem 1.4.2004 wird das Modellvorhaben von einer Steuerungsgruppe im Sozialministerium unter der Leitung von Gerhard Masurek geleitet.

¹ Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit 2004; im ff. „Projektbericht“

Im Februar 2005 haben wir den „Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellvorhabens zur Einführung Persönlicher Budgets für Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen“ vorgelegt.²

² Er kann über die Website <http://www.wiso.fh-osnabrueck.de/fileadmin/users/26/upload/Zwischenbericht-Windheuser.pdf> heruntergeladen werden.